Infoservice

Sabines Woche

Sabine Bätzing-Lichtenthäler:
Ihre Bundestagsabgeordnete für den Wahlkreis Neuwied/Altenkirchen

Hallo Wahlkreis !

Liebe Genossinnen und Genossen,
wir könnten die Sommerpause nun genießen, wenn wir nicht täglich von erschütternden Nachrichten aus der Ukraine oder aus Gaza heimgesucht würden.
Es ist erschütternd und schockierend, wie viele unschuldige Menschen ihr Leben in diesen Konflikten lassen mussten. Wir brauchen politische Lösungen. Wirksam und nachhaltig zugleich.
Die Sommerpause ist (zurecht) unterbrochen von Sondersitzungen um politisch diesen Entwicklungen Einhalt zu gebieten.
Wir beten und hoffen, dass die Gespräche und Sanktionen bald fruchtbar sind und nicht noch mehr Männer, Frauen und Kinder ihr Leben lassen müssen.
Herzlichst
eure Sabine

Berlin

Jakob-Kaiser-Haus
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: (0 30) 22 77 74 32
Fax: (0 30) 22 77 64 44
sabine.baetzing-lichtenthaeler@bundestag.de

Wahlkreis

Betzdorf
Bahnhofstraße 19
57518 Betzdorf

Telefon: (0 27 41) 2 54 54
Fax: (0 27 41) 2 74 61
sabine.baetzing-lichtenthaeler.ma02@bundestag.de

Puderbach
Mittelstraße 17
56305 Puderbach

Telefon: (0 26 84) 9 57 10 60
Fax: (0 26 84) 9 57 10 61
sabine.baetzing-lichtenthaeler.ma01@bundestag.de

Topthema

Ukraine – Die Lage muss stabilisiert werden!

Mit dem Abschuss des Passagierflugzeuges wurden in der Ostukraine Grenzen überschritten. Die 3. Stufe der Sanktionen gegenüber Russland muss nun verhängt werden.
Die von der Europäischen Union bisher verhängten Sanktionsstufen haben wirtschaftliche Wirkung erzielt. Dennoch scheinen sie nicht auszureichen, um Russland dazu zu bringen, seinen Kurs im Ukraine-Konflikt zu ändern. Trotz gegenteiliger Äußerungen auch von Präsident Putin werden die pro-russischen Separatisten weiterhin unterstützt – sowohl politisch als auch mit Waffen und anderer militärischer Hilfe.
Wenn nicht einmal fast 300 vollkommen unbeteiligte, willkürliche Opfer die Separatisten zur Vernunft bringen, wenn Beweismittel und Spuren vernichtet, beziehungsweise beseitigt werden, wenn Angehörige daran gehindert werden, sich von ihren Lieben zu verabschieden, wenn Leichen und ihre Habe gefleddert und mit Spielzeug von getöteten Kindern gescherzt wird, dann zeigt dies auf, dass in der Ostukraine jedwede Menschlichkeit verloren gegangen ist. Daher ist es jetzt für die Europäische Union an der Zeit, dem Einhalt zu gebieten. Sie muss entschlossen handeln.
Es war richtig, dass die Mitgliedstaaten lange versucht haben, im Dialog und mit Aufrufen alle beteiligten Seiten zum Einlenken zu bewegen. Nun aber darf es keine Zurückhaltung mehr geben, die dritte Stufe der Sanktionen auszulösen.
Ohne Rücksichten auf Rückwirkungen auch für die eigene Wirtschaft. Europa und die Europäer müssen nun verhindern, dass sich die Schraube der Eskalation noch weiter dreht.
Mit der von Russland eingeschlagenen Strategie ging es immer nur darum, die Auswirkungen von Sanktionen zu begrenzen, nicht aber darum, die innere Lage der Ukraine zu stabilisieren.
Der russische Staatspräsident Putin muss nun jedwede Unterstützung der Separatisten verhindern. Wenn er diese Chance nicht nutzt, ist er nicht nur mitschuldig – er hat auch jede Glaubwürdigkeit für die Zukunft verspielt.

Bildung

BAföG – Wenn wir mitregieren ist das gut für Studierende!

Die Koalitionsfraktionen präsentierten jetzt gemeinsam mit der Bundesbildungsministerin Johanna Wanka Eckpunkte für eine BAföG-Reform. Ab dem Wintersemester 2016/2017 werden Freibeträge und Bedarfssätze mit sieben Prozent deutlich angehoben und das BAföG strukturell besser an die Studienwirklichkeit angepasst. Das hätten wir gerne schon früher gehabt. Das war nicht möglich, da die CDU/CSU sich geweigert hat, Steuervergünstigungen zu streichen. Dadurch waren frühere Erhöhungen nicht möglich.
Unsere Bundestagsfraktion hat sich für diese spürbaren Verbesserungen im Interesse der Studierenden stark gemacht.
Die nun in Eckpunkten vorgestellte Reform steht in einer Reihe mit den großen BAföG-Reformen von 2001 und 2008, die unter Regierungsbeteiligung unserer Bundestagsfraktion zustande gekommen sind. Mit den nun geplanten Verbesserungen stärkt die Große Koalition das BAföG erneut und unterstreicht damit seine Bedeutung als wichtigstes Instrument der Studienfinanzierung in Deutschland.
Auch in dieser Großen Koalition wird unsere Bundestagsfraktion ihrer Tradition als BAföG-Partei gerecht. Mit der Erhöhung von Bedarfssätzen, Freibeträgen und Hinzuverdienstgrenzen, der Anhebung der Wohnkostenpauschale und der Vereinheitlichung von Kinderzuschlägen wird am Ende nicht nur deutlich mehr Geld in den Portemonnaies der Studierenden landen, es wird auch Vorsorge getroffen, damit der Kreis der BAföG-Berechtigten erhöht wird.
Für unsere Bundestagsfraktion war eine deutlich spürbare Verbesserung für die Studierenden das vordringliche Ziel. Dies ist mit der geplanten Reform erreicht. Strukturell wird das BAföG besser als zuvor auf die Studienwirklichkeit eingestellt.
Unserer Bundestagsfraktion war besonders wichtig, dass die Studierenden sich darauf verlassen können, dass das BAföG an ihren Studienalltag angepasst wird. Auch hier sind wir einen wesentlichen Schritt vorangekommen.

Menschenrechte

Christenverfolgung – Das Problem verschärft sich!

Unsere Bundestagsfraktion verurteilt aufs Schärfste die Vertreibung der Christen aus Mossul. Die Terrorgruppe „Islamischer Staat“ verbreitet unter Andersgläubigen und Andersdenkenden Angst und Schrecken. Darunter leiden muslimische Schiiten genauso wie die dort lebenden Christen. Wir verurteilen die Verfolgung aus religiösen Gründen unabhängig davon, um welche Religion es sich handelt

Den Islamisten der Terrorgruppe sind völkerrechtliche Normen egal. Bestärkt von einem selbsternannten Kalifen orientieren sie sich an einem Islambild, das laut der Organisation für Islamische Zusammenarbeit (OIC) „nichts mit dem Islam zu tun hat“.

Die OIC verurteilt die Vertreibung der Christen aus Mossul als „inakzeptables Verbrechen“. Auch der UN-Sicherheitsrat hat die Verfolgung der irakischen Christen einstimmig verurteilt.

Er hat erklärt, dass die systematischen Angriffe auf Menschen wegen ihres Glaubens oder ihrer ethnischen Zugehörigkeit „als Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ bewertet werden könnte.

Allein seit Juni haben 650.000 Menschen Mossul und Umgebung verlassen, um sich vor den radikalen Islamisten in Sicherheit zu bringen.

Viele Flüchtlinge retten sich in die Autonome Region Kurdistan. Dort haben bereits in den letzten Jahren Christen, Muslime und Jesiden aus anderen Regionen des Landes Zuflucht gefunden, sei es aus religiösen oder politischen Gründen. Die lokalen Strukturen in Kurdistan sind durch die Flüchtlingsströme stark überlastet. Sie brauchen humanitäre Unterstützung aus dem Ausland. Hier sind die Vereinten Nationen und die Europäische Union gefordert.

Unsere Fraktion begrüßt, dass das Auswärtige Amt über das Internationale Rote Kreuz Hilfe für irakische Binnenflüchtlinge ermöglicht.

Unsere Solidarität gilt auch jenen, die das grenzüberschreitende Herrschaftsgebiet des „Islamischen Staates“ im Irak und in Syrien nicht verlassen können. Wir sind bestürzt über Berichte, dass vor wenigen Tagen zwei Frauen öffentlich gesteinigt wurden.

Tierschutz

Nutztierhaltung – Wir brauchen echte Verbesserungen!

Die kürzlich ausgestrahlte Sendung im öffentlich rechtlichen Fernsehen zur Tierhaltung, hier insbesondere zur Schweinezucht, hat noch einmal viele Bürgerinnen und Bürger empört. Die Akzeptanz für eine solche Tierhaltung stößt viele Verbraucherinnen und Verbraucher ab.

Im Koalitionsvertrag haben sich deshalb CDU/CSU und SPD darauf geeinigt, ein bundeseinheitliches Prüf- und Zulassungsverfahren für Tierhaltungssysteme zu entwickeln.

Vertreter der Arbeitsgruppe Ernährung und Landwirtschaft unserer Fraktion haben sich beim Institut für Tierschutz und Tierhaltung des Friedrich-Löffler-Instituts in Celle ein Bild vom Fortschritt der Forschung in diesem Bereich gemacht. Ziel ist es, den Koalitionsvertrag Schritt für Schritt umzusetzen. Seit Jahren fordert unsere Bundestagsfraktion ein bundeseinheitliches Prüf- und Zulassungsverfahren für Tierhaltungssysteme. Die verbesserte Umsetzung ist dann Aufgabe der Länder und ihrer Behörden.

Haltungsverfahren für die landwirtschaftliche Nutztierhaltung müssen tiergerecht weiterentwickelt werden. Die Grundlagenforschung des Instituts für Tierschutz und Tierhaltung ist dabei ein wichtiger Baustein.

Wir wollen echte Verbesserungen im Bereich des Tierschutzes in der Nutztierhaltung erreichen. Deshalb müssen wir uns intensiv beim Tierschutz mit Themen wie dem Arzneimitteleinsatz in Ställen, Tiertransporten bis hin zur Schlachtung beschäftigen.

Zu den Prüf- und Zulassungsverfahren für Tierhaltungssysteme wird unsere Bundestagsfraktion als weiteren Schritt ein Fachgespräch im September in Berlin durchführen. Ziel dieser Veranstaltung ist, von den Erfahrungen mit solchen Systemen in Österreich zu profitieren.

Wir werden uns sehr genau anschauen, wie die dortige Umsetzung gelingt, um auch in Deutschland schnell zu einer vernünftigen Regelung zu gelangen.

Menschenrechte

Rüstungspolitik – Es darf nicht nur ums Geld gehen!

Es ist beängstigend, wie viele Konfliktherde auf der Welt zu Kriegen mit unvorstellbarem Leid führen. Ob aktuell in der Ukraine, oder im Gazastreifen, die Zerstörung ganzer Regionen mit vielen Toten in der Zivilbevölkerung nimmt kein Ende.

Dabei wird die Situation in Syrien, die offensichtlich noch lange nicht gelöst ist in der aktuellen Berichterstattung kaum noch erwähnt.

Eine friedens- und menschenrechtsbasierte Außen- und Wirtschaftspolitik muss deshalb Kernbestand der politischen Agenda in unserem Land sein.

Dazu gehört eine Rüstungspolitik, bei der der wirtschaftliche Nutzen nicht die alleinige Orientierung ist, auch wenn dies gegebenenfalls Konsequenzen für Unternehmen und Arbeitsplätze mit sich bringt.

Den restriktiven Ansatz von Sigmar Gabriel bei Rüstungsexporten teilen wir ausdrücklich.

Nach wenigen Monaten sozialdemokratischer Regierungsbeteiligung ist spürbar, dass Menschenrechte in wirtschaftspolitischen Fragen eine neue Bedeutung bekommen.

Angesichts einer globalisierten Welt gilt es, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte in weltweit gültigen Verträgen und in rechtsstaatlichen Verfahren abzusichern.

Was durch deutsche Unternehmen oder im Namen deutscher Unternehmen weltweit geschieht, kann uns nicht egal sein.

Eine solche Menschenrechtsorientierung in der Wirtschaftspolitik entspricht wertebasierter sozialdemokratischer Politik.

Bonbon

„Ich werde nie behaupten, zölibatär zu leben wäre die ideale Lebensform. Da wäre die Menschheit schnell am Ende.“

(Stephan Ackermann, Bischof von Trier)

Termine

26.07.14	**10.00 Uhr**	**Tibetfreunde Westerwald, Ingelbach**
	15.30 Uhr	**SPD Opsen, Grillhütte**
27.07.14	*13.30 Uhr*	*Sommerlager EfG Kirchen, Zeltplatz Elkhausen*
	15.00 Uhr	**60 Jahre Haus Marienberge, Elkhausen**
28.07.14	**11.00 Uhr**	**Schützengilde Raubach**
	13.00 Uhr	*Gespräch IHK Altenkirchen*
01.08.14	*12.00 Uhr*	*Eröffnung Ca Fe, Neuwied*

ACHTUNG: *Kursivgedruckte Termine* **sind nichtöffentliche Termine oder Termine wo eine gesonderte Einladung erforderlich ist.**